

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

zur Niederschrift über die öffentliche 13./IX. Ratsperiode Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 10.04.2014, 17.30 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

	<u>Seite</u>
1. Bericht des Fachbereichs Arbeit und Soziales	3 - 5
2. Mitteilungen	
a) Schulsozialarbeit	5
b) Leistungsgewährung nach den Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes	6
c) Standort Drogencontainer	6 - 7
3. Anfragen	
a) Auswirkungen der positiven Wirtschaftsentwicklung/ Umgang mit Vermittlungshemmnissen	7

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche 13./IX. Ratsperiode Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 10.04.2014, 17.30 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

Unter dem Vorsitz der
Stadtverordneten Siebert, Susanne (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)
sind anwesend die Stadtverordneten:

Boskamp, Heinz	SPD
Bungert, Alexander	FDP
Döllekes, Fredi	SPD
Duenbostell, Horst	SPD
Heyrichs, Michael	CDU
Hiob, Georg	CDU
Kanders, Angelika	CDU
Ricken Edmund	CDU
Schmidt Joachim	CDU
Verhoeven, Werner	CDU

sachkundige Bürger:

Peters, Else	für Merges, Fabian
Schneider, Gisela	
Kötz, Eva-Maria	
van Lipp, Liesel	
Wolters, Christa	

Nicht anwesend:

Meinert, Gabriele	
Merges, Fabian	Offene Klever

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bürgermeister Brauer
Erster Beigeordneter Haas
Leitender städtischer Rechtsdirektor Goffin
Fachbereichsleiterin Arbeit u. Soziales Northing
Gleichstellungsbeauftragte Tertilte-Rübo
Verwaltungsangestellter Kunders als Schriftführer

Ausschussvorsitzende Siebert eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht ergangen sei und keine Einwände sowohl zur vorgesehenen Tagesordnung als auch zur Niederschrift über die letzte Sitzung des Sozialausschusses bestehen.

1. **Bericht des Fachbereichs Arbeit und Soziales**

Fachbereichsleiterin Frau Northing berichtet dem Ausschuss in Form einer Powerpointpräsentation, welche der Niederschrift beigelegt ist, von der Arbeit des Fachbereichs, den Ergebnissen sowie den wichtigsten Entwicklungen und Zielen. Eingang ihrer Ausführungen geht sie auf den Sachstand zum Beratungsweiser Soziales und zum Thema Sicherheit im Jobcenter ein. Sie weist darauf hin, dass seitens der Verwaltung nunmehr die finanziellen Mittel zur Erstellung einer Homepage im Haushalt 2014 berücksichtigt worden seien. In Verbindung mit dem Fachbereich 10 werde in diesem Monat ein Gestaltungsvorschlag für die Seite erstellt, der dann wiederum mit den beteiligten Vereinen und Verbänden diskutiert werde.

Zum Thema Sicherheit weist sie darauf hin, dass die installierte Arbeitsgruppe ein Leitbild für die Fachbereiche Arbeit und Soziales und Jugend und Familie entwickelt habe. Darüber hinaus sei für dieses Jahr der Kauf eines verbesserten Alarmierungssystems sowie die Umgestaltung des Anmeldebereichs des Fachbereiches Arbeit und Soziales geplant.

Für den Rechtsbereich des SGB II berichtet Frau Northing, dass der Kreis Kleve als Grundsicherungsträger im Jahre 2013 die Firma con_sens Consulting beauftragt habe, eine Analyse des Jobcenters im Kreis Kleve und Optimierungsmöglichkeiten bei der Umsetzung zu entwickeln und aufzuzeigen. Intention des Fachbereiches sei in diesem Zusammenhang: mehr Zusammenarbeit, mehr Gemeinsamkeit. Dieses Ziel sei erreicht worden. Der Abschlussbericht der Firma con_sens Consulting werde nunmehr im Laufe dieses Jahres im Rahmen einer vierteiligen Workshop Reihe diskutiert und die Ergebnisse umgesetzt. Hinsichtlich der Fallzahlen erklärt Frau Northing, dass sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nach wie vor auf konstant hohem Niveau bewege. Auffallend sei die hohe Zahl von Bedarfsgemeinschaften, die trotz Vorliegen eines Erwerbseinkommens (sozialversicherungspflichtig/sozialversicherungsfrei) nach wie vor auf die zusätzliche Gewährung von SGB II Leistungen angewiesen seien. Der Fachbereich Arbeit und Soziales erhoffe sich durch die Einführung des Mindestlohnes eine Verbesserung dieser Situation. Darüber hinaus erläutert sie, dass zum 01.01.2014 eine Anhebung der Regelbedarfsstufen erfolgt sei. Gleiches gelte darüber hinaus für den Rechtskreis des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Für den Bereich des Bildungs- und Teilhabepakets 2013 gibt Frau Northing bekannt, dass ein Anstieg der Anträge um weitere 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreicht werden konnte. Der Fachbereich Arbeit und Soziales habe somit im Rahmen des Hinwirkungsgebotes Erfolge erzielt.

Ein Blick auf die kommunalen Aufwendungen der Jahre 2012 und 2013 an den Kosten der Unterkunft lasse erkennen, dass das für die Stadt Kleve günstige Ergebnis des Jahres 2012 zwar in 2013 nicht gehalten werden konnte – das Ergebnis jedoch im geplanten Bereich liege; wesentliche Änderungen seien nicht erkennbar. Für das Jahr 2014 habe der Fachbereich Arbeit und Soziales einen Aufwand von 2,8 Mio. Euro geplant.

Hinsichtlich der aktiven Leistungsgewährung bzw. der Aktivitäten des Fallmanagements weist Frau Northing auf die Klever Jobbörse hin. Diese habe am 02.04.2014 in der Stadthalle Kleve unter Beteiligung von 61 Ausstellern und ca. 5.000 Besuchern stattgefunden. Die Jobbörse sei insgesamt ein voller Erfolg, da in den letzten Jahren insgesamt 176 Verträge abgeschlossen werden konnten.

Ein neues Tätigkeitsfeld des Fallmanagements, das sogenannte Work First Modell werde derzeit geplant und implementiert. Hierbei handele es sich um eine Idee aus den USA, welche in den Niederlanden perfektioniert worden sei. Die Städte Herne, Paderborn, Köln und weitere Kommunen seien mit der erfolgreichen Erprobung dieses Modells derzeit tätig.

Beabsichtigt sei, ein kreisweites Modell mit einer individuellen Lösung je Kommune. Die Stadt Kleve beabsichtige, die Einführung in Eigenregie, ggf. unter Beteiligung der Gemeinde Bedburg-Hau und Kranenburg für die zweite Jahreshälfte 2014. Ziel dieses Modells sei es, die Eigenverantwortung der Kunden in den Fokus zu nehmen und das Vertrauen der Kunden in die eigenen Fähigkeiten zu stärken. Der Arbeitssuchende sei dahingehend zu trainieren, das Heft selbst in die Hand zu nehmen und sein Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu stärken. Dies geschehe nicht zuletzt durch eine Gruppendynamik, da das vorhandene Wissen und die Fähigkeiten aller Teilnehmer für jeden nutzbar seien. Geplant sei die Einrichtung von zwei Gruppen, jeweils 15 Personen unter Begleitung von 2 Jobcoaches der Stadt Kleve.

Für den Bereich der Integrationserfolge des Fallmanagements berichtet Frau Northing von einer nach wie vor konstanten Zahl von Vermittlungen im Bereich der Ausbildungen. Darüber hinaus sei mit 940 Integrationen in den Arbeitsmarkt insgesamt im vergangenen Jahr das beste Ergebnis seit Einführung des SGB II erzielt worden.

Zur Höhe des Integrationsbudgets weist Frau Northing darauf hin, dass dem Fachbereich Arbeit und Soziales während des laufenden Jahres Mittel in Höhe von 4,485 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Eventuell sei es möglich, zum Jahresende noch zusätzliche Mittel im Wege der Umverteilung zu erlangen.

Für den Bereich des SGB XII verdeutlicht Frau Northing, dass dieser Rechtskreis durch konstant steigende Fallzahlen dokumentiert werde. Während die Personalkosten durch die Stadt Kleve zu tragen seien, würden die ausgezahlten Transferleistungen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in vollem Umfange durch den Bund erstattet.

Für den Bereich der Wohngeldgewährung erklärt Frau Northing, dass sich die Fallzahlen weiterhin auf dem Niveau der Vorjahre bewegen. Im Bereich der Beantragung von Wohnberechtigungsscheinen gebe es durch die Hochschule eine neue Entwicklung.

Zum Abschluss ihrer Ausführungen berichtet Frau Northing dem Ausschuss über die Aktivitäten des Fachbereiches Arbeit und Soziales für den Bereich der Leistungsberechtigten nach den Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes. Bis zum Tage der Sitzung seien im Laufe des Jahres bereits 28 Asylbewerber der Stadt Kleve zugewiesen worden. Hochgerechnet bis Jahresende würden damit die bereits sehr hohen Zuweisungen des Vorjahres nochmals übertroffen. Ausgehend von diesen hohen Zuweisungszahlen habe die Verwaltung zeitnah die Notwendigkeit erkannt, weitere Räumlichkeiten für die Unterbringung von Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen bereitzustellen, da die Übergangseinrichtung Stadionstraße 68 mit 101 Personen belegt sei.

Da dieses Gebäude für die Unterbringung von bis zu 120 Personen konzipiert sei, sei die Schaffung weiterer Räumlichkeiten unumgänglich. Nach reiflicher Überlegung habe die Verwaltung daher die ehemalige Hauptschule Materborn für die künftige Unterbringung von Familien vorgesehen. Der ursprünglich geplante Umzugstermin Anfang März habe jedoch nicht eingehalten werden können, da die notwendigen Umbaumaßnahmen, Bereitstellung eines Duschcontainers etc. den zeitlichen Ablauf verzögert hätten. Fest stehe jedoch zum jetzigen Zeitpunkt, dass nach Abschluss aller notwendigen Umbauarbeiten 8 Familien mit minderjährigen Kindern die neuen Räumlichkeiten beziehen werden. Erfreulich sei in diesem Zusammenhang, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt erkennbar sei, dass sich breite Teile der Materborner Bevölkerung für die neuen Mitbürger interessieren und engagieren. Sie halte diese Tatsache für eine überaus positive Entwicklung, auf die die Stadt Kleve stolz sein könne.

Ausschussvorsitzende Siebert dankt Frau Northing für ihre Ausführungen.

Auf die Frage der sachkundigen Bürgerin Frau Wolters nach den Herkunftsländern der Familien, antwortet Frau Northing, dass diese aus der Türkei, Albanien, Weiß-Russland, Guinea, Serbien, Nigeria, Eritrea, Mazedonien kämen.

Ausschussmitglied Kanders dankt Frau Northing sowohl für ihre Ausführungen als auch für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit des Fachbereiches Arbeit und Soziales. Auf seine Frage, wie sich die derzeitige personelle Ausstattung des Fachbereiches Arbeit und Soziales darstelle, antwortet Frau Northing, dass für das Rechtsgebiet des SGB II nunmehr 2 Stellen über Bedarf eingerichtet worden seien. Zu berücksichtigen sei jedoch in diesem Zusammenhang, dass ständig aufgrund von Schwangerschaften, Arbeitsunfähigkeiten etc. sowie durch Stellenausschreibungen für andere Fachbereiche eine personelle Fluktuation bzw. Stellenbedarf vorliege. Für den Rechtskreis des SGB XII sei die derzeitige Personalsituation angemessen bzw. auskömmlich. Das Fallmanagement habe infolge der Implementierung des Work First Modells einen zusätzlichen Personalbedarf. Ob für den Bereich des eigentlichen Fallmanagements und des Bildungs- und Teilhabepaketes die derzeitige Personalbemessung auskömmlich sei, werde evaluiert.

2. Mitteilungen

a) Schulsozialarbeit

Erster Beigeordneter Haas teilt dem Ausschuss mit, dass der Rat der Stadt Kleve beschlossen habe, die bisher erfolgreiche Schulsozialarbeit mit städtischen Mitteln für ein weiteres Jahr zu betreiben. Die Deckung sei gewährleistet und die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Schulsozialarbeit gegeben. Nachdem sich der Bund aus der Finanzierung dieser Aufgabe zurückgezogen habe und auch die Länder keine entsprechenden Aktivitäten ergriffen hätten, sei sich die Stadt Kleve ihrer diesbezüglichen Verantwortung jedoch bewusst und finanziere aus eigenen Mitteln die notwendigen Aktivitäten.

b) Leistungsgewährung nach den Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes

Fachbereichsleiterin Frau Northing erläutert, dass die Verwaltung die Leistungsgewährung für Asylbewerber und ausländischen Flüchtlinge ab 01.05.2014 nicht mehr in Form von Wertgutscheinen, sondern in Form von Scheckzahlungen bzw. Überweisungen vornehmen werde.

c) Standort Drogencontainer

Leitender Rechtsdirektor Goffin weist im Zusammenhang mit der Problematik des Standortes darauf hin, dass die Verwaltung nach einer intensiven Suche im Bereich Jülicher Straße nunmehr einen geeigneten Platz für die Aufstellung des Containers gefunden habe. Es handele sich hierbei um eine freie Fläche neben dem Gebäude Nr. 8. Die seitens der Verwaltung vorgesehene Fläche sei zum einen nicht einsehbar, liege jedoch andererseits im zentralen Innenstadtbereich der Stadt Kleve. Der in diesem Bereich liegende Spielplatz werde von den Kindern dieses Gebietes kaum genutzt, sodass sich anbieten würde, die dort vorhandenen Spielgeräte evtl. umzusetzen. Die Verwaltung sehe jedenfalls zu dem neuen Standort keinerlei Alternativen. Das Gelände Selfkant scheidet aus, da dieses zu weit vom Ortskern Kleve entfernt sei. Die Betroffenen würden seiner Ansicht nach den Bereich Oberstadt kaum verlassen, sodass die Aufstellung in einem Ortsteil in jedem Falle ausscheide.

Den Ausführungen beipflichtend, erläutert Erster Beigeordneter Haas, dass die Verwaltung alle Alternativen durchgeprüft habe. Nach Ansicht der Verwaltung sei der jetzt vorgesehene Standort unter Abwägung aller Einzelheiten die einzige Möglichkeit. Aus diesem Grunde schlage die Verwaltung dem Sozialausschuss vor, den weiteren diesbezüglichen Aktivitäten der Verwaltung zuzustimmen. Die Aufgabe des in diesem Bereich liegenden Spielplatzes sei sicherlich von einem Beschluss des Jugendhilfeausschusses bzw. des Unterausschusses Spielplätze abhängig. Die Verwaltung habe nicht leichtfertig gehandelt, sondern vielmehr eine überaus intensive Suche nach Alternativen unternommen. Falls der Ausschuss die nunmehr vorgeschlagene Lösung lediglich als Interimslösung verstanden wissen wolle, werde die Verwaltung weitere Standortbemühungen auch zukünftig intensiv betreiben.

Ausschussmitglied Schmidt weist darauf hin, dass gerade der Bereich der Jülicher Straße derzeit durch den Zuzug von Familien mit Kindern eine Aufwertung erfahre. Den Aktivitäten der Verwaltung unter dieser Prämisse seine Zustimmung zu erteilen, falle ihm schwer. Er sehe jedoch ebenfalls derzeit zum geplanten Standort keinerlei Alternativen. Falls es sich um eine Interimslösung handele, könne er den Planungen möglicherweise zustimmen.

Gleichstellungsbeauftragte Tertilt-Rübo schließt sich den Ausführungen des Ausschussmitgliedes Schmidt an und erklärt, dass bei dem geplanten Standort die Gefahr bestehe, dass zwei problematische Bevölkerungsgruppen (alleinerziehende Mütter/Drogenabhängige) aufeinander prallen.

Ausschussmitglied Döllekes schließt sich den Ausführungen des Ausschussmitgliedes Schmidt an.

Ausschussmitglied Bungert stellt die Frage, ob der jetzige Standort tatsächlich der richtige sei.

Eingehend auf diese Frage erklärt Erster Beigeordneter Haas nochmals in aller Deutlichkeit, dass die Verwaltung tatsächlich alles versucht habe, einen alternativen Standort zu finden. Der Verwaltungsvorschlag stelle die einzig machbare Lösung dar. Ohne die Rückendeckung der politischen Gremien sei jedoch die Verwaltung nicht in der Lage, adäquat tätig zu sein. Dies könne nicht im Sinne der Politik sein.

Ausschussmitglied Kanders erklärt, dass für ihn die Aufgabe des Spielplatzes lediglich im Ausgleich mit anderen Flächen in Betracht komme. Er sei sich bewusst, dass bei allen alternativen Standorten Kinder und Familien in räumlicher Nähe zugegen seien und ein Standort im Außenbereich nicht in Betracht komme. Er halte die Rückendeckung für die Verwaltung für unabdingbar.

Seinen Ausführungen beipflichtend erklärt Ausschussmitglied Schmidt, dass er die gleiche Auffassung habe - der derzeitige Standort jedoch als Interimslösung angesehen werden solle.

Bürgermeister Brauer weist daraufhin, dass die vorgesehene Aufgabe nicht im Sinne aller Beteiligten lösbar sei. Zum einen scheide ein Standort im Außenbereich aus, andererseits liege immer eine räumliche Nähe zu Familien mit minderjährigen Kindern vor. Darüber hinaus halte er den vorgesehenen Standort aus sozialen Gründen für geboten. Auch Drogenabhängige seien Teile der Gesellschaft und dürften nicht ausgegrenzt werden. Gleichwohl sei die Verwaltung nur ausführendes Organ und benötige für ihre Aktivitäten die Rückendeckung der Politik.

Ausschussvorsitzende Siebert stellt fest, dass die Aktivitäten der Verwaltung die Unterstützung des Sozialausschusses finden.

Abschließend dankt Erster Beigeordneter Haas dem Ausschuss für die Unterstützung. Die Verwaltung werde zu gegebener Zeit zu weiteren Details berichten. Darüber hinaus werde die Verwaltung weiterhin an der Problematik arbeiten und ggf. alternative realistische Möglichkeiten eines Standortes aufzeigen.

3. Anfragen

- a) Auswirkungen der positiven Wirtschaftsentwicklung/ Umgang mit Vermittlungshemmnissen

Auf die Frage des Ausschussmitgliedes Kanders, ob die derzeitige positive Wirtschaftsentwicklung auch für Kleve bedeutsam sei und in welcher Form die Stadt Kleve Vermittlungshemmnissen von Arbeitssuchenden begegne, antwortet Fachbereichsleiterin Northing, dass der Fachbereich Arbeit und Soziales durch einen intensiven Arbeitgeberservice Kontakte zu den ortsansässigen Firmen und Unternehmen halte. Auch die Kreis Klever Wirtschaftsförderung habe bislang den Bedarf der Stadt Kleve erkannt. Durch individuelle Förderungen und Inanspruchnahme aller Instrumente zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt werde das Fallmanagement seiner Aufgabe gerecht.

Zum Abschluss der Sitzung dankt Ausschussvorsitzende Siebert den Ausschussmitgliedern und den Mitarbeitern der Verwaltung für die Aufgabenerledigung während der vergangenen fünf Jahre.

Ende der Sitzung: 18.45 Uhr

(Siebert)
Vorsitzende

(Kunders)
Schriftführer